



Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)  
Postfach 218 - CH-3000 Bern 16  
Tel. 031 356 27 27 - Fax 031 356 27 28 - PC 30-10011-5  
Internet: [www.auns.ch](http://www.auns.ch) - E-Mail: [auns@auns.ch](mailto:auns@auns.ch)

---

## 17. ordentliche Mitgliederversammlung der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) vom 11. Mai 2002 in Bern

---

### Resolution

## **Ja zur souveränen, neutralen Schweiz – nein zum Schengener Vertrag**

Die Mitgliederversammlung der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) hat am Samstag, 11. Mai 2002, einstimmig die folgende Resolution verabschiedet:

1. Die AUNS lehnt den Beitritt der Schweiz zum Schengener Abkommen ab. Wir verwahren uns gegen den Ausverkauf unserer Freiheit, unserer Souveränität und Neutralität. In der bundesrätlichen Botschaft "zur Genehmigung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU" vom 23. Juni 1999 hatte der Bundesrat festgestellt: (...) *solche Verhandlungen (kommen) für jene Bereiche nicht in Frage, bei deren Regelung Souveränitätsübertragungen an supranationale Instanzen unerlässlich sind*". Als Beispiel hat der Bundesrat ausdrücklich "Schengen" genannt. Heute gilt das offenbar nicht mehr.
2. Der Bundesrat will unser Land in der Legislaturperiode 2003 / 2007 in die EU führen. Darum setzt er alles daran, "Beitrittschürden" Schritt um Schritt abzubauen. Bundesrat Deiss hat diese Strategie anlässlich seiner Rede vom 29. Mai 2000 an der Universität Zürich offiziell bekannt gemacht.  
Neben der Erhöhung der Mehrwertsteuern auf EU-Niveau und einer Regierungsreform, welche den aussenpolitischen Aktivismus zusätzlich anheizen würde, geht es dem Bundesrat um die Übernahme von EU-Recht in immer mehr Bereichen, insbesondere mit dem Schengener Vertrag.
3. Die AUNS lehnt den Schengener Vertrag vor allem aus den folgenden Gründen ab:  
Die Kontrollen an der Grenze, und damit letztlich auch die Grenzen, würden aufgehoben. Unsere Sicherheit wäre in Frage gestellt.  
Die Schweiz müsste den Schengener Acquis, also das ganze bisherige und künftige Schengenerrecht, übernehmen. Der Acquis umfasst immer mehr Bereiche, beispielsweise den grenzpolizeilichen Bereich, die Visa-, Asyl- und Migrationspolitik, die Amts- und Rechtshilfe. Auch unser Bankkundengeheimnis käme unter Druck.  
Unsere Souveränität wäre gefährdet und die Autonomie der Kantone würde eingeschränkt.
4. Die AUNS ruft das Schweizer Volk auf, den unwürdigen Schengener Vertrag, mit dem der Bundesrat den Weg in die EU ebnen will, mit aller Entschiedenheit abzulehnen.